

Karin Winter-Dubs  
Hirtenweg 23  
9010 St. Gallen

SP/SR EINGANG	
29. Okt. 2012	
Zuweisung .....	SK
Kopie .....	Vis. 2a..b

St. Gallen, 25.10.2012

An den Stadtrat  
der Stadt St. Gallen  
Rathaus  
9000 St. Gallen

### Einfache Anfrage: Ablauf Interessenabwägung Villa Wiesental

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte

Im Laufe des vergangenen Jahres ist klar geworden: Die Villa Wiesental stellt ein grosses, öffentliches Interesse dar. Entsprechend müssen die Abläufe in der nun folgenden Interessenabwägung pro oder kontra denkmalgeschützter Villa möglichst transparent gemacht werden. Das weitere Vorgehen muss auf Grund des breiten Widerstandes gegen einen Abbruch seitens der Bevölkerung unbedingt sorgfältig erfolgen.

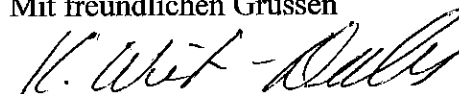
Bis anhin hiess es dazu lediglich, der Stadtrat müsse nun die Interessenabwägung vornehmen, ob das öffentliche Interesse an der Schutzwürdigkeit der Villa Wiesental oder die Qualitäten eines konkret vorliegenden Neubauprojekts höher zu gewichten sei.

Laut Tagblatt liegt so ein Projekt aber erst vor, nachdem der Gestaltungsplan für die „Stadtkrone“ genehmigt wurde. Daraus ergeben sich folgende Fragen:

1. Trifft es zu, dass der Stadtrat eine allfällige Entlassung der Villa Wiesental aus dem Schutzzinventar erst und nur dann abschliessend vornehmen kann, wenn ein entsprechender Gestaltungsplan für das Neubauprojekt verabschiedet wurde?
2. Erachtet es der Stadtrat auch als sinnvoll, angesichts der städtebaulichen Bedeutung dieses Vorhabens, diesen Gestaltungsplan in jedem Fall dem Stadtparlament zur Abstimmung vorzulegen? Und ist es somit richtig, dass daher letztlich erst das Parlament entscheidet, ob die Villa aus dem Schutzzinventar entlassen werden kann oder nicht?
3. Könnte zudem gegen den Parlamentsentscheid das fakultative Referendum ergriffen werden, mit Zustimmung von 21 Parlamentsmitgliedern (Art. 8, Ziff. 14 Gemeindeordnung)?
4. Zu welchem Zeitpunkt würde der erwähnte Gestaltungsplan im Parlament diskutiert?
5. Wann und in welcher Form (Referendum/Einsprache, etc.) könnte die Stadtbevölkerung, oder interessierte Kreise gegen einen Entscheid intervenieren?
6. Welche Instanz entscheidet, bei einem negativen Abrissentscheid seitens Stadtrat/Parlament, abschliessend über eine allfällige Einsprache der Eigentümerschaft? Kann dieser Entscheid gerichtlich angefochten werden?

Ich bitte den Stadtrat um Beantwortung der obigen Fragen, bedanke mich und verbleibe

Mit freundlichen Grüssen



Karin Winter-Dubs  
Stadtparlamentariern SVP